

Zürich

Verlassene Babys

In Berlin wurden 2015, 2016 und 2017 drei Neugeborene ausgesetzt – von der gleichen Frau. Die Polizei ist ratlos. **SEITE 28**

Cassis erklärt sich

Trotz der Kritik von Bundesrat Ignazio Cassis am UNO-Hilfswerk für Palästinenser: An der Nahostpolitik ändert sich nichts. **SEITE 18**



Die Tagesschule kommt ins Gesetz

KANTONS RAT Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Der Kantonsrat hat in erster Lesung die Grundlagen diskutiert, innerhalb deren Gemeinden freiwillig Tagesschulen aufbauen und betreiben können. SVP und AL lehnen die Änderungen ab.

Es kann vorwärtsgehen mit der Einführung von Tagesschulen im Kanton Zürich: Der Kantonsrat hat sich gestern deutlich dafür ausgesprochen, diese im Volksschulgesetz zu verankern. Gemeint sind damit Schulen, in denen der Unterricht und die Betreuung über Mittag, bei Bedarf auch nach Schulschluss pädagogisch, personell und räumlich verbunden sind, wie Jacqueline Peter (SP, Zürich) erläuterte. Sie ist die Präsidentin der kantonsrätlichen Kommission für Bildung und Kultur (KBiK).

Der Kanton überlässt es jedoch weitgehend den Gemeinden, ob sie Tagesschulen einführen und wie ihr Angebot aussieht. «Die Tagesschule muss von unten wachsen. Die Gemeinden entscheiden über die konkrete Ausgestaltung», sagte Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP).

Chancengleichheit

Die Nachfrage nach Betreuungsangeboten ausserhalb der Schulzeit sei in den letzten Jahren rasant gestiegen, so Steiner weiter. «Tagesschulen sind eine Antwort darauf.» Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei in Zeiten des Fachkräftemangels dringlich. Und für die Schulkinder gebe es mit der Einführung von Tagesschulen mehr Chancengleichheit – nicht zuletzt deshalb, weil sie beim Hausaufgabenmachen schulisch betreut würden.

Für die Mehrheit der Parteien sind diese Vorzüge unbestritten. «Die Berufstätigkeit beider Geschlechter wird nicht mehr wegzudenken sein», sagte Cécilia Hänni (FDP, Zürich). Sie erinnerte daran, dass in der Stadt Zürich am Sonntag über die Ausweitung eines Pilotversuchs abgestimmt wird, der bis 2025 in der Stadt die flächendeckende Einführung von Tagesschulen vorsieht. Auch dieses Modell beruhe auf Freiwilligkeit: «Eltern können ihre Kinder dort von der Mittagsbetreuung abmelden», so Hänni.

«Durch den Wegfall der Hausaufgaben nimmt die Familienzeit mit Tagesschulen zu», argumentierte Sylvie Matter (SP, Zürich). Die SP werde sich jedenfalls hartnäckig dafür einsetzen, dass schulische Betreuung über Mittag und am Nachmittag nicht nur in der Stadt Zürich, sondern überall im Kanton angeboten werde. «Das gehört einfach zu einem modernen Kanton», meinte Christoph Ziegler (GLP, Elgg). Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) doppelte nach: «Wir wollen keine unbetreuten Kinder, die über Mittag auf dem Pausenplatz eine grosse Tüte Pommes-Chips verzehren.» Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) fügte an: «Als berufstätige Mutter hätte ich mir schon vor 20 Jahren Tagesschulen gewünscht.»

Fundamentalopposition

Fundamentalopposition gab es von der SVP: Sie wollte auf die Gesetzesänderung gar nicht erst eintreten. Ihr Sprecher warnte davor, dass Eltern die Möglichkeit genommen werde, ihre Kinder über Mittag zu betreuen: «Dieser Ausdehnung des Staates können wir nicht zustimmen», sagte Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen). Die SVP blieb allerdings mit ihrem Antrag auf Nichteintreten allein.

Grundsätzliche Kritik aus ganz anderen Gründen kam von der Alternativen Liste: Judith Stofer

(AL, Zürich) sprach von einem «grossen Tagesschulschwindel». Was der Kanton Zürich anstrebe, sei primär eine Verdichtung der Stundenpläne und ein verkapptes Sparprogramm. «Ob genug qualifiziertes Personal eingestellt wird, steht in den Sternen.» Die AL wollte die Gesetzesänderung daher zurück an den Regierungsrat schicken, damit dieser nachbessere. Auch ihr Antrag scheiterte.

Elternbeiträge

Dann ging es um die umstrittenen Details der Vorlage. Sie sieht vor, dass Elternbeiträge an die Verpflegungskosten erhoben werden können. In der Stadt Zürich sind dies etwa sechs Franken pro Mittagessen. Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) wollte ins Gesetz geschrieben haben, dass Elternbei-

träge zwingend erhoben werden müssen. Hans Egli (EDU, Steinmaur) verlangte gar einen elterlichen Vollkostenbeitrag. Beide Anträge wurden von der Mehrheit mit Verweis auf die Gemeindeautonomie abgelehnt. Ebenso jener der AL, die einkommensabhängige Elternbeiträge wollte. Die AL scheiterte auch mit ihrer Forderung, die Möglichkeit einer verkürzten Mittagszeit in Tagesschulen aus dem Gesetz zu streichen.

Zu reden gab auch die Frage, ob die Wohnortgemeinde die Kosten übernehmen muss, wenn ein Kind die Tagesschule in einer anderen Gemeinde besucht. SVP, CVP und EVP wollten diese Klausel streichen, blieben aber in der Minderheit. Die Schlussabstimmung findet in vier Wochen statt.

Matthias Scharrer

Ausbrecher kam nicht weit

HORGEN Ein Häftling ist in der Nacht auf Sonntag aus dem Gefängnis Horgen getürrt. Der tschechische Staatsbürger konnte aus seiner Einzelle entweichen und einen Nato-Draht überwinden, wie das Amt für Justizvollzug des Kantons Zürich gestern mitteilte. Anschliessend sprang er aus grosser Höhe in die Tiefe. Dabei hat er sich so schwer verletzt, dass er bald aufgegriffen werden konnte. Die Kantonspolizei nahm ihn am Sonntagnachmittag wieder fest. Nachdem das Personal sein Fehlen bemerkt hatte, war er zur Fahndung ausgeschrieben worden.

Der 40-Jährige, dem Diebstahl vorgeworfen wird, befand sich seit letztem August in Haft. Er ist im vorzeitigen Strafvollzug und damit noch nicht rechtskräftig verurteilt. Eine interne Untersuchung, die bereits begonnen hat, soll nun zeigen, ob zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden müssen, wie es in der Mitteilung weiter heisst. *sda*

Doppelte Verhaftung

RASER Die Polizei hat in der Nacht auf Montag in Unterengstringen zwei mutmassliche Raser aus dem Verkehr gezogen. Sie waren mit einem Sportwagen unterwegs. Statt mit den signalisierten 50 Stundenkilometern wurde dieser mit über 100 Stundenkilometern gemessen, wie die Kantonspolizei mitteilte.

Allerdings konnte der Wagen erst zehn Minuten später zur Kontrolle herausgewunken werden. Der Fahrer, ein 25-jähriger Schweizer, beteuerte, nicht er habe das Auto zehn Minuten zuvor gelenkt. Sein 28-jähriger Kollege sei am Steuer gesessen. Der 25-Jährige wurde schliesslich vor Ort und sein Kollege an dessen Wohnort festgenommen. Das Auto wurde sichergestellt. Beide mutmasslichen Raser müssen sich nun vor der Staatsanwaltschaft verantworten. *sda*



Schulische Betreuung auch über Mittag: Über die konkrete Ausgestaltung der Tagesschule sollen die Gemeinden entscheiden können.

Foto: Keystone

Thomet tritt zurück

KANTONS RAT Die Klotener CVP-Kantonsrätin Corinne Thomet wird am 9. Juli zum letzten Mal im Rathaus sitzen. Gestern wurde ihr Rücktritt bekannt gegeben. «Ich bin seit über elf Jahren dabei – das ist eine lange Zeit», sagte Thomet zu ihren Beweggründen. Im Kantonsrat hatte sie die langjährige Schulpräsidentin von Kloten vor allem bei Bildungsdebatten stark engagiert. Als Geschäftsführerin des Verbands Zürcher Schulpräsidenten wird sie dem Bildungswesen erhalten bleiben. Thomets Platz übernimmt nun Kathrin Wydler. Als Schulpflegerin von Wallisellen hat auch sie eine Affinität zu Bildungsthemen. Vor Wydler waren fünf andere CVP-Politiker an der Reihe gewesen. Sie verzichteten jedoch alle auf das Amt. *hz*

Kantonsrat will keine voreilige Spitalplanung

KANTONS RAT Die Revision der Spitalisten geht einigen Kantonsräten zu langsam voran. Die Mehrheit stützt jedoch Thomas Heinigers Fahrplan.

Die Überarbeitung der Spitalisten dürfte noch zu reden geben. Es ist nicht auszuschliessen, dass Spitäler von der Liste verschwinden und schliessen müssen. Die Kantonsräte Daniel Häuptli (GLP, Zürich) und Lorenz Schmid (CVP, Männedorf) verlangen deshalb, dass Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) den Spitalern rasch bekannt gibt, wohin die Reise geht. Heiniger soll bis Ende Jahr die Kriterien für die Spitalliste definieren und bekannt geben, inwiefern die bestehenden Leistungsvereinbarungen optimiert werden können.

Ihre Forderung wollten die beiden Kantonsräte gestern per Postulat an die Regierung überweisen. Vor zwei Monaten hatte sie noch eine deutliche Mehrheit im Rat für dringlich erklärt. In der Zwischenzeit informierte Heiniger die Medien über den Fahrplan der Spitalistenrevision.

Dieser sieht vor, dass bis Ende 2019 der künftige Bedarf an stationären medizinischen Leistungen ermittelt wird. In der zweiten Etappe, ab Herbst 2020, können sich die Leistungserbringer für die Spitalisten Akutsomatik, Rehabilitation und Psychiatrie bewerben. Die dritte Phase beginnt Ende 2020 mit der Evaluation der Listenspitäler. Klar ist, dass Qualität, Wirtschaftlichkeit und Zugänglichkeit der Spitäler eine Rolle spielen werden. Mitte 2021 werden die definitiven Spitalis-

ten festgesetzt und Anfang 2022 beginnt die Umsetzung.

Jedes vierte Bett überflüssig

Nebst CVP und GLP wollen SP, AL, EVP, BDP und EDU aufs Tempo drücken. Andreas Daurù (SP, Winterthur) findet, der Bedarf an qualitativ hochstehender Gesundheitsversorgung müsse so schnell wie möglich geklärt werden. «Das ist nämlich die Hauptfrage», sagte Daurù.

«Eine Bedarfsabklärung muss doch nicht eineinhalb Jahre dauern», fand auch Ronald Alder (GLP, Ottenbach). Die Spitäler bräuchten Planungssicherheit. Denn eines sei klar: Das Angebot müsse reduziert werden. In den Zürcher Spitalern seien die Betten nur zu 75 Prozent ausgelastet. Es bestehe eindeutig eine Überkapazität. Wenn sich das Prinzip

«Ambulant vor stationär» durchsetze, werde sich die Situation noch verschärfen, sagte Kaspar Bütikofer (AL, Zürich). Die Überversorgung im Kanton Zürich führe zudem zu überflüssigen Operationen und sei ein grosser Kostentreiber.

Grüne geben den Ausschlag

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil) reicht es dagegen, dass man vorerst das Ziel und die Etappen der Spitalrevision kennt. «Wenn man nun die Petition überweist, erhält man keinen detaillierteren Bericht», sagte Trachsel. «Aufschrei und Diskussionen wird es ohnehin geben.» Kathy Steiner (Grüne, Zürich) sagte, es bestehe ein riesiger Handlungsbedarf. Es sei aber wichtig, dass sorgfältig geplant werde und die Kriterien öffentlich diskutiert würden.

Astrid Furrer (FDP, Wädenswil) bezeichnete den Vorstoss als «übertriebenen Aktionismus» und plädierte für ein seriöses und transparentes Vorgehen. «Nur so wird die neue Spitalliste auch akzeptiert.»

Heiniger warnte denn auch vor einem Schnellschuss: «Die Bedarfserhebung muss gerichtlicher Überprüfung standhalten. Und das ist bis Ende 2018 nicht möglich.» Unter anderem seien die demografische Entwicklung sowie der technische Fortschritt und das Kostenwachstum zu berücksichtigen.

Mithilfe der Grünen (und zwei Abwehrlern der EVP) kamen FDP und SVP auf 90 Nein-Stimmen. Die 76 Ja-Stimmen der restlichen Parteien reichten damit nicht aus, um das Postulat zu überweisen. *Heinz Zürcher*